

Rechtspopulismus in Europa

Zieht er sich zurück oder nimmt er nur Anlauf?

Geschrieben von Franz Funkel

London, 23. Juni 2016. Das Ergebnis einer Abstimmung wird verkündet, welches bis zum eigentlichen Wahltag kaum denkbar war. Experten waren sich einig, dass die britischen Wählerinnen und Wähler für den Verbleib in der EU stimmen würden - alles andere war undenkbar. Dann der Schock: Knapp 52 % der Stimmen sagten JA zum Brexit. Bei der Analyse stellte sich heraus, dass das aber lediglich 37 % der insgesamt Wahlberechtigten waren. Auch gingen gerade einmal 36% der 18-24 Jährigen zu der Wahl, welche sie und ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen wird. Die die abstimmten, taten das aber mehrheitlich gegen den Brexit.

Washington, 08. November 2016. Trump oder Clinton? Das ist hier die Frage. Ein Sieg Clintons wird als wahrscheinlich vorhergesagt. Trump hat im Wahlkampf zwar aufgeholt, sich aber laut der Einschätzung von Experten immer wieder durch seine abstrusen Äußerungen und abwegigen sowie platten Plänen für die Zukunft immer wieder ins Abseits geschossen. Nachdem er auch führende und etablierte Republikaner vor den Kopf gestoßen hatte, wurde ihm auch der Rückhalt seiner Partei abgesprochen. Kaum einer der üblichen USA-Korrespondenten der Wahlberichterstattung zog ernsthaft einen Sieg Trumps in Erwägung. Teilweise gingen Menschen ins Bett, weil die Wahl aller Vorhersagen nach eindeutig für Clinton ausgehen würde. Am nächsten Morgen folgte der Schock. Trump konnte mehr Wahlmänner hinter sich vereinen. Das Volk wählte mehrheitlich zwar Clinton (knapp 3 Millionen Stimmen mehr als Trump), doch das Wahlsystem der USA machte Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Es dauerte nicht lang bis überall in Europa Alarmglocken zu hören waren. Österreich wählt Anfang Dezember einen neuen Bundespräsidenten. Der Wahlausgang zwischen dem Rechtspopulisten Hofer und dem Grünen van der Bellen wird als äußerst knapp erwartet. Vor dem Hintergrund von Brexit und Trump ist man nun vorsichtiger mit Wahlvorhersagen. In den Niederlanden steht der Europafreund Rutte dem nationalkonservativen Rechtspopulisten Wilders entgegen. Die Alternative für Deutschland verzeichnet einen Wahlsieg nach dem anderen bei wichtigen Landtagswahlen und das größte und wichtigste Event - die Präsidentschaftswahlen in Frankreich stehen bevor.

Überall geht es im Grunde um einen Kampf zwischen demokratischen EU-Freunden und konservativen Rechtspopulisten. Dabei wird die Bezeichnung letzterer beinahe inflationär gebraucht und oft als eine Art Schimpfwort schnell in den Mund genommen. Eine konkrete Definition des Begriffs gibt es nicht, da Rechtspopulismus eher ein Sammelbegriff für Merkmale ist, die sich in den immer wieder gleichen Zusammenhängen erkennen lassen. Gemein ist nahezu allen sogenannten Rechtspopulisten beispielsweise, dass Sie im Kern eine Identitätspolitik betreiben, in der sie eine bedrohte Gemeinschaft konstruieren, die sich einer Überzahl an andersartigen Menschen gegenüber sieht, gegen die man sich aktiv wehren muss. Sie schüren Angst um möglichst viele Menschen für ihre Sache empfänglich zu machen. Wer sich bedroht fühlt, greift eher zu radikalen Lösungen. Wer sich bedroht fühlt, schließt eher Grenzen, zieht sich eher zurück in das altbewährte Schema. Wer sich bedroht fühlt, verteidigt das, was er kennt und liebt gegen das, was er nicht kennt und wovor ihn die anderen warnen. Dabei bedienen sich Rechtspopulisten an gängigen Vorurteilen und untermauern diese oft mit Beispielen und vermeintlichen Skandalen, die mitunter später als harmlos aufgeklärt werden. Es geht nicht um Fakten oder nachhaltige Information und Aufklärung, sondern um Aufmerksamkeit und Aggression.

Nach den beiden Erfolgen der Rechtspopulisten in Großbritannien und den USA haben diese Rückenwind erhalten. Eine Kettenreaktion auf dem europäischen Festland wird befürchtet. Fürsprecher und Gegner springen in die Schützengräben, um sich einen erbitterten Stellungskrieg zu leisten.

Besonders problematisch ist hierbei, dass Rechtspopulismus sowie der Kampf dagegen eine sachliche und zielgerichtete Debatte erschweren. In Talkshows, auf Demonstrationen, in Parteitagsreden oder am Stammtisch geht es meist nicht mehr um sachliche Diskussionen die zur Lösung real existierender Probleme beitragen könnten. Es geht meist um die Diskreditierung der politischen Gegner statt um das energische Eintreten und gute fundierte Überzeugungsarbeit für die eigene Sache. Den Wählerinnen und Wählern bleibt somit oft nur die Wahl zwischen Extremen. Für Flüchtlinge oder gegen Ausländer. Für die EU oder gegen die EU. Für Abrüstung oder Aufrüstung. Für Merkel/Le Pen/Brexit/Trump oder dagegen. Es kommt oft nicht auf ein bestimmtes Programm, ein Konzept oder Ideen an, sondern auf Personen oder politische Ideologien, wie links oder rechts.

Das Aufatmen wurde von Wahl zu Wahl lauter. Überall konnten die Gegenkandidaten der Rechtspopulisten die meisten Wählerinnen und Wähler hinter sich vereinen.

Besonders nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses aus Frankreich war die Freude groß und die Erleichterung riesig. Die Rechtspopulisten bzw. Rechtsextremen wurden in ihre Schranken verwiesen. Die Vernunft hat gesiegt. Nun wird alles gut.

Van der Bellen oder Rutte stehen eher für ein Weiter so und eine Bewahrung des Status Quo. Auf Emmanuel Macron wiederum lasten die Hoffnungen vieler Millionen Menschen in ganz Europa mit dem Wunsch nach Erneuerung und Veränderung, den sein Vorgänger Hollande nicht erfüllen konnte. Die Stichwahl gewann Macron mit 66% der Stimmen deutlich vor Marine Le Pen. Nach der Analyse des Wählerverhaltens muss aber darauf hingewiesen werden, dass immerhin 10,6 Millionen Franzosen für die rechtskonservative Le Pen stimmten. Weitere 12 Millionen Menschen fühlten sich von keinem der beiden Kandidaten repräsentiert und gingen gar nicht zur Wahl. Es ist also festzuhalten, dass die Zahl derer, die Macron nicht gewählt haben größer ist, als die der Macron-Wählerinnen und Wähler.

Wir sollten darauf achten, dass wir diesen vermeintlichen Sieg über die sogenannten Rechtspopulisten nicht mit dem Verschwinden dieser gleichsetzen.

Wie bereits zuvor beschrieben arbeiten diese mit Ängsten und Verunsicherungen. Diese werden aber nicht komplett neu geschaffen, sondern bauen auf real existierenden Problemen auf, wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder eine zunehmende Distanz zwischen Bürgerschaft und Politik. Viele derer, die für Europa und gegen Isolationismus und dergleichen gestimmt haben, taten das aus Pflichtbewusstsein um Schlimmeres zu verhindern. Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass sie mit den herrschenden Personen und Zuständen übereinstimmen.

Darum ist es wichtig, genau jetzt zu beginnen, sachliche Diskussionen zu führen und dabei zu versuchen alle mit einzubeziehen um eine Lösung zu erzielen, mit der alle leben können.

Erhärten sich die Fronten hingegen immer weiter, in dem die gesamte gesellschaftliche Debatte polarisiert wird, so werden wichtige Themen immer weiter ausgesessen und immer mehr Menschen werden enttäuscht sein. Ungewisse Zukunftsaussichten wegen ungeklärter Themen wie Arbeit, Rente oder Soziales führen zu Verunsicherung und Angst. Und was dann passieren kann, wissen wir ja schon und im September ist Bundestagswahl.